Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag und 14tägig Donnerstags „Der Weltspiegel", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", 14tägig Donnerstags „Haus Hof Garten", jeden Freitag Stadtblatt „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreise: Durch die Post vierteljährlich 12.75 Mark einschließl. Zustellungsgebühr, Ausland ausschließlich Postaufschlag; für Berlin und Vororte monatlich 4.50 Mark, vierteljährlich 13.50 Mark bei täglich zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich für das Inl. und Ausland 10 Mark. In Berlin und Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10134, für den Fernverkehr Nr. 14207—14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseratenpreis: Zeile M. 2,50 u. 40% Zuschlag, Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche M. 2.— die Zeile. Inserat- u. Urbank.-Annahme: Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalem. Str. 46-49. Filialen: Leipzig, Str. 103; Potsd. Str. 38; Zimmerstr. 30; Königstr. 36/37; Rosenthal. Str. 48; Schönh. All. 144; Moritzpl.: Rosenfelder Str. 67/68; Nathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. All. 326; Frankf. All. 340; Blücherstr. 69; Wiener Str. 145; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 41; Oberschönweide: Cuvenzienstr. 2; Kantstr. 84; Scharrenstr. 89; Rixdorf, Str. 55/56; Kaiserd. 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Hohenzollernpl.; Lichterf.: Frankf. All. 241; Lichterf.-West: Canstr. 123; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 90/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Berliner Str. 11; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 53/54; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 15. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Bölckestr. 23; Potsdam: Brandenburger Str. 53; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 538 • Ausgabe A Nr. 292
Ausgabe für Berlin u. umgegend Nr. 538

Mittwoch, 12. November 1919
48. Jahrgang

Der Abzug der Rumänen aus Budapest.

Die Aussichten der monarchischen Restaurierung.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

1. Wien, 11. November.

Mit einem rührenden Anruf an die Bevölkerung Ungarns haben General Madarescu und der bevollmächtigte rumänische Minister Diamandi Abschied von Budapest genommen. Nachdem sie das Land und die Hauptstadt gründlich ausgeplündert haben, werden die Rumänen „im Gefühl, ihre humane Pflicht erfüllt und ihre Rechte ausgeübt zu haben", bis Freitag abend sich hinter die Demarkationslinie zurückziehen, die ihnen die Pariser Konferenz gesteckt hat. Dieser Rückzug ist nicht ganz freiwillig. Er erfolgt unter dem Druck der drei letzten Noten, die Herr Clemenceau als Vorsitzender der Friedenskonferenz nach Bukarest gerichtet hat, und er wird Ungarn, oder was davon noch übrig geblieben ist, nicht von allem äußeren Druck befreien. Aber er gibt dem Land bis zu einem gewissen Grad Möglichkeiten der innerpolitischen Entwicklung wieder, und mit der Aufhebung des Druckes der rumänischen Okkupation ist ohne Zweifel eine entscheidende Wendung in den innerpolitischen Verhältnissen Ungarns eingetreten.

Man erinnert sich, daß es der Einmarsch der Rumänen gewesen ist, der der Räteregierung Bela Kuns ein Ende bereitet hat. Wenige Tage nach dem Einzug der Rumänen hat dann der Habsburger Josef mit Hilfe Friedrichs seinen berühmten Putsch unternommen, der freilich mit dem von Paris erzwungenen Rücktritt des königlichen Prinzen geendet hat. Aber der erste Ministerpräsident Josefs ist an der Spitze der Regierung geblieben, und niemandem ist es bis heute möglich gewesen, Stefan Friedrich aus der Burg in Ofen zu entfernen. Die Rumänen, denen in Budapest vor allem daran gelegen war, möglichst viele Fabriken zu demolieren und nach Rumänien zu schaffen, haben Friedrich als eine quantité négligeable behandelt. Die Entente hat Friedrich wiederholt, zuletzt durch ihren Bevollmächtigten Sir George Clark, erklärt, daß sie nur eine Regierung gelten lassen und als verhandlungsfähig annehmen werde, in der alle arbeitenden Schichten des ungarischen Volkes, also auch die Sozialdemokraten und die bürgerlich demokratischen Parteien vertreten seien, aber das hat Herrn Friedrich nicht gehindert, Ungarn bis heute ausschließlich mit Hilfe des Blocks der christlichen Parteien zu regieren, so weit eben von einer Regierung in dem von den Rumänen besetzten Land die Rede sein konnte. Verschwand hinter dem Grundsatz der Nichtintervention, den doch der Vormarsch der Rumänen gegen Budapest jedes Inhaltes beraubt hatte, verstand es Stefan Friedrich, alle Bemühungen, ein Konzentrationskabinett unter Ausschluß seiner eigenen Persönlichkeit zu bilden, zunichte zu machen, und nach wie vor lehnen es die Sozialisten unter Garami ab, in einem Kabinett, das auch den Führer des Monarchistenputsches beherbergt, Platz zu nehmen.

Das ist die Lage, die die Rumänen bei ihrem Abmarsch in Budapest zurücklassen werden. In dem Augenblick ihres Abzuges aber wird eine Persönlichkeit auf dem Plan erscheinen, die vom ersten Augenblick an alle Aufmerksamkeit verdienen wird: der Admiral Nikolaus Horthy. An der Spitze seiner Weißen Garden wird er vermutlich noch diese Woche als Oberkommandierender der ungarischen Armee seinen Einzug in die Hauptstadt halten. In seiner Hand wird die bewaffnete Macht, die es ja nach dem Abzug der Rumänen in dem nichtbesetzten Ungarn noch geben wird, vereinigt sein. Friedrich, der zurzeit der rumänischen Okkupation ein Niemand gewesen ist, wird von diesem Augenblick an ein Instrument in der Hand des Admirals Nikolaus Horthy sein, und da die Entente offenbar an den Worten des Grundsatzes festhält, sich „in die innerpolitischen" Verhältnisse Ungarns nicht einzumischen, wird es in viel höherem Maße, als von den Rumänen, von Horthy abhängen, wer vorläufig in Budapest regieren wird.

Der Admiral v. Horthy hat sich schon zurzeit der k. u. k. Monarchie eines gewissen Rufes erfreut. Er hat den bekannten Durchbruch durch die Straße von Otranto kommandiert, ist bei diesem Durchbruch schwer verwundet und nach dem Tode des Admirals Haus von Kaiser Karl zum Oberkommandierenden der Seestreitkräfte des sterbenden Oesterreich-Ungarn befördert worden. Bald nach dem Monarchistenputsch, der Friedrich zur Regierung brachte, hat er das Kommando über die weißen Banden in Transdanubien übernommen. Er ist als scharfer Kommunistenbekämpfer, aber auch als Antisemit bekannt. Aber die Befürchtung, mit der jetzt Budapest dem Einzug seiner weißen Garden entgegenzittert, ist unter der Voraussetzung, daß Horthy diese weißen Bataillone wirklich in der Hand hat, vielleicht trotzdem unbegründet, denn der Admiral Horthy ist auch ein Mann von beträchtlichem Ehrgeiz und großer Weltgewandtheit. Er wird zweifellos alles daran setzen, um vor der Entente gute Figur zu machen; und es wird ihm nicht einmal darauf ankommen, wenn die Umstände und die Gewalthaber in Paris es verhängen, ein bißchen in Demokratie und Koalition aller Parteien zu arbeiten.

Darüber allerdings, daß nach dem Einzug Horthys die monarchistische Bewegung mit um so größerer Festigkeit und Geschlossenheit ihrem Ziel zustreben wird, kann man sich nicht täuschen. Horthy selbst hat aus seiner royalistischen Ueberzeugung nie ein Hehl gemacht und er hält sich heute noch an den Eid, den er König Karl geleistet hat, gebunden. Der christlich-monarchistische Block, auf den sich gegenwärtig noch Herr Friedrich stützt, hat gleichfalls an innerer Kraft und Stärke zugenommen. Die Sozialisten, die diesem Block gegenüberstehen, leiden heute noch zu stark unter den Nachwirkungen des Zusammenbruches der Räterepublik. Die sogenannten bürgerlich-demokratischen Parteien sind viel zu sehr gespalten. Ueberdies wird niemand behaupten, daß die früheren 48er und Karolianer durchwegs hieb- und stichfeste Republikaner seien. Die innerpolitischen Voraussetzungen für die Wiederaufrichtung des monarchistischen Prinzips in Wahlen, die unter dem Einfluß einer Regierung stehen, der Horthy den eigentlichen Namen gibt, sind also zweifellos gegeben.

Eine andere Frage ist es, ob die Nachbarn Ungarns und die Mächte der Pariser Konferenz an einer Restauration der Monarchie in Ungarn ein Interesse haben können. Diese Monarchie würde vermutlich als eine Bedrohung der Nachbarn Ungarns angesehen werden. Sie wird zwar möglicherweise ein Bündnis mit einem dieser Nachbarn eingehen, vielleicht mit den Rumänen, vielleicht auch mit den Jugoslawen, aber in der ganzen monarchistischen Bewegung, von der Ungarn heute schon ergriffen scheint, verkörpern sich weit weniger dynastische Gefühle und geschichtliche Ueberlieferung, als nationalistische Tendenzen. Trotzdem scheinen die Mitglieder der englischen Mission dem Gedanken einer Restaurierung der Monarchie in Ungarn nicht abgeneigt zu sein, obwohl sie in Abrede stellen, daß ein englischer Prinz, etwa der Herzog von Aed, die Krone Ungarns übernehmen könnte. Sicher ist, daß die Engländer heute die Hoffnung Horthys und aller anderen Royalisten in Ungarn sind.

Die Räumung Budapests durch die Rumänen wird bis 12. November beendet sein. Die Ententemissionen in Budapest sorgen dafür, daß sich die Räumung ordnungsgemäß vollziehe. Zwischen den Nachhuten der rumänischen Truppen und den Vorhuten der etappenweise nachrückenden Armee Horthys halten Ententetruppen unter dem Kommando ihrer Offiziere die Verbindung aufrecht. Die Budapester Bahnhöfe stehen seit heute bereits unter Kontrolle der Entente und ungarischen Truppen. Von eingeweihter Seite wird erklärt, daß die Schäden, die Ungarn durch die rumänische Besatzung erlitten hat, namentlich infolge Verschleppung großer Werte, viele Millionen Kronen betrage. Man schätzt die Höhe der Schäden auf 28 Milliarden, also um 10 Milliarden höher, als der ursprünglich von den Mittelmächten erklärte Schadenersatz. Der englische Generalkommissar, Sir George Clark, reist am Donnerstag nach Paris, um dort über die ungarische politische Lage Bericht zu erstatten. Die Quartiermeister Horthys sind gestern bereits in die Hauptstadt eingezogen. Augenblicklich befindet sich Post und Telegraph noch unter rumänischer Bewachung, und die Zensur wird noch von ihnen ausgeübt. Das Groß der Truppen Horthys dürfte morgen oder übermorgen in Budapest einrücken.

*

Der Ostwestdiplomat berichtet aus Budapest:

Nachdem die Verhandlungen über die Koalitionsregierung infolge des Widerstandes der Sozialdemokraten wieder gescheitert sind, wurde die Krise, wie bereits angekündigt, durch die Schaffung eines Staatsrates gelöst. Dem Staatsrat, der aus fünf Personen bestehen wird, werden der Kardinal-Fürstprimas Johann Csernoch, ferner Ministerpräsident Friedrich, der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes Baron Julius Wlassics und der zum Leiter der Friedensdelegation ausersehene Graf Albert Apponyi angehören. Den Vorsitz im Staatsrat führt der Kardinal-Fürstprimas. Der Staatsrat wird von allen bürgerlichen Parteien unterstützt werden, soll jedoch die Regierungsgewalt nur für die Dauer der Friedensverhandlungen und bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung inne behalten. Nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung wird der Staatsrat einen gesetzmäßigen Ministerpräsidenten ernennen. Der christlich-soziale Block dürfte bei den Wahlen zu einer Mehrheit von 80 Prozent gelangen, und es kann als sicher angenommen werden, daß Friedrich auch nach den Wahlen Ministerpräsident bleiben wird. Die einzige Schwierigkeit, die die Christlichsozialen befürchten, besteht in dem weiteren Verhalten der Bauernschaft, denn die Bauern fordern eine weitgehende Bodenreform in der Form einer Verteilung des Großgrundbesitzes.

Rumänischer Kronrat in Sinaja.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

1. Wien, 11. November.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß sich die Minister Bratianu, Take Jonescu und Manin nach Sinaja zu einem Kronrat begeben haben. Aus informierten Kreisen wird mitgeteilt, daß sich der Kronrat mit der durch die drei Ententenoten bewirkten Aenderung der Lage Rumäniens befassen wird. Durch die erste Note hatte die Entente bekanntlich die sofortige Beantwortung der Note vom 12. Oktober verlangt, in der zeiten wurde Rumänien angekündigt, daß es nicht zur Unterzeichnung des bulgarischen Friedensvertrages am 12. November zugelassen werden würde, wenn es nicht vorher den österreichischen Vertrag unterzeichnet hätte, in der letzten Note vom 7. November wurde die rumänische Regierung aufgefordert, ihre Truppen sogleich hinter die ungarischen Grenzen zurückzuziehen. Die Regierung wird angesichts dieser Noten eine Reihe von folgenschweren Entschlüssen fassen müssen.

Löhne und Preise.

Die geplante Aufstellung einer Preis- und Lohnstatistik.

Von [Nachdruck verboten.]

Anton Erkelenz,
Mitglied der Nationalversammlung,
Schriftleiter des „Regulator".

Im August d. J. habe ich an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die große Mehrzahl der zahlreichen Lohnkämpfe ihre Ursache in der fortgesetzten Steigerung aller Preise habe. Da für diese Steigerung kein auch nur einigermaßen zutreffender Maßstab besteht, so erfolge die Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten stets auf dem kostspieligen und politisch verhängnisvollen Wege der Lohnkämpfe, Gehalts- und Rentenkämpfe, die für alle Teile mörderische Folgen haben. Es müsse möglich sein, für diese im Grunde doch einfachen Notwendigkeiten eine Form der selbsttätigen Anpassung zu finden. Voraussetzung dazu sei die Schaffung einer Statistik der Preise des lebensnotwendigen Unterhalts.

Diese damalige Anregung hatte eine ganze Anzahl Zuschriften an mich zur Folge, und es bildete sich schließlich ein kleiner Studienausschuß aus dem Buchdruckereibesitzer Ahrens (Berlin), Reichsgerichtsrat Zeiler (Leipzig) u. a. Insbesondere zeigte sich, daß Herr Zeiler diesen Gedanken, in besonderer Anwendung auf die Beamtengehälter, seit Jahren vertritt und in einer Reihe wissenschaftlicher Vorarbeiten gutes Material dazu beigebracht hat. (Siehe Zeiler, Das Beamtengehalt auf neuen Grundlagen. Verlag Decker, Berlin, Preis 5 Mark.) Auch Calver hat durch seine seit Jahren mit großen Opfern fortgeführten monatlichen Berechnungen über die Lebensunterhaltskosten einer vierköpfigen Familie eine gute Grundlage gelegt.

Noch ehe dieser freigebildete Ausschuß seine Arbeiten beendigen konnte, hat jetzt das reichsstatistische Amt die Aufstellung einer Statistik der Preisbewegungen in die Hand genommen. Bei den Etatsberatungen wurde ein Antrag der Mehrheitsparteien angenommen (Drucksache 1411), der für ein halbes Jahr 500 000 Mark für diesen Zweck bewilligt. Die Begründung sagt:

„Die Statistik bezweckt zunächst die Festlegung der tatsächlich bezahlten durchschnittlichen Löhne sowie die Aufzeichnung der in den in Frage kommenden größeren und mittleren Orten für die Lebenshaltung aufzuwendenden Mittel. Sie soll die Unterlagen zur Schaffung von örtlichen Bedürfnisklassen bilden, ohne die eine gesunde Entwicklung des Tarifvertragswesens nicht denkbar ist. Auf Grund der Statistik wird sich die Berechtigung von Lohnforderungen jederzeit prüfen und ein gerechter Ausgleich der Löhne ermöglichen lassen. Schätzungsweise werden für ein Jahr eine Million Mark erforderlich sein."

Soviel man hört, ist geplant, unter Heranziehung aller städtischen statistischen Aemter zunächst halbjährlich eine Preisstatistik aufzustellen, die ergänzt werden soll durch eine Statistik der tatsächlich gezahlten Löhne, nach den Angaben der Unternehmer. Die halbjährliche Frist ist für die derzeitigen Verhältnisse zu lang, besonders wenn man damit rechnen muß, daß die Veröffentlichung wahrscheinlich erst monatelang nach dem Stichtage erfolgt. Eine öftere Veröffentlichung wäre wohl zu erzielen, wenn man zur Aufstellung der Lohnstatistiken die Arbeitsgemeinschaften heranziehen wollte, die für ihr engeres Gebiet schneller arbeiten können, und deren Ziffern auf mehr Autorität Anspruch haben, wenn sie von Unternehmern und Arbeitnehmern unter gemeinsamer Verantwortlichkeit aufgestellt werden. Die Statistik der Lebensmittelpreise darf nicht dadurch entstehen, daß irgendein Schutzmann bei seinem Kolonialwarenhändler sich nach den Preisen erkundigt, wie es bisher vielfach geschah. Allerdings, ob die zur Unterlage genommenen Preise und ob der Bedarf einer Familie absolut richtig sind, das ist nicht so ausschlaggebend wichtig, als die Feststellung der Bewegung der Preise im gesamten nach oben und unten. Jedenfalls sollten alle sachkundigen Leute jetzt, am Beginn dieser statistischen Arbeit, mit ihren besten Vorschlägen herauskommen. Und man muß erwarten, daß die Regierung den Mann nicht heranzuholen vergißt, der am meisten Erfahrung auf diesem Gebiet hat: Richard Calver. Es wäre nicht gut, wenn es ihm unter dem neuen Regime so ginge, wie es unter dem alten seinem Vorgänger, dem Bahnbrecher der Arbeitsmarktstatistik, Professor Jastrow, gegangen ist. Wenn ein Privater mit Opferung erheblicher Mittel einem Gedanken den Weg geebnet hat, dann sollte ihn die Bureaukratie nicht plötzlich beiseite schieben. Sachlich erscheint uns zurzeit die monatliche Veröffentlichung einer solchen Statistik erforderlich, und zwar spätestens in der Monatsmitte für den vorhergehenden Monat. Was die „Labour Gazette" in London kann, sollte uns nicht unmöglich sein. Ueber die Auswertung der Statistik wird zu sprechen sein, wenn sie vorliegt.

Daß der ganze hier erörterte Gedanke in der Luft liegt, beweist ein Tarifvertrag, der vor kurzem in Bradford in England abgeschlossen wurde zwischen den Unternehmern und Arbeitnehmern der Lagerhäuser im Wollgewerbe. Darin heißt es: